

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Carl Neuberger, Dresden.
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft: 25 241
Für die Nachdrucke: 20 011.

Lebeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Vertriebung und Anfertigung:
Karl Neuberger & Co.
Beratung von Ulrich & Reichardt in Dresden.
Pollich-Route 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei Halbjährlicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich 1/2 Mark. Einzelhefte 1/4 Mark. Anzeigen-Preise: Die Spalte 12 mm breite Zeile 1/2 Mark, darüber 1/3 Mark, darunter 1/4 Mark. Die Spalte 12 mm breite Zeile 1/2 Mark, darüber 1/3 Mark, darunter 1/4 Mark. Die Spalte 12 mm breite Zeile 1/2 Mark, darüber 1/3 Mark, darunter 1/4 Mark. Die Spalte 12 mm breite Zeile 1/2 Mark, darüber 1/3 Mark, darunter 1/4 Mark.

PIANOS **Wolfframm** **FLÜGEL**
Weltmarke. Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18. Weltmarke.

Vor der Regierungserklärung im Reichstag.

Die voraussichtliche Unterstüßung des Kabinetts Cuno.

(Nachdem die Berliner Presse die Regierungserklärung im Reichstag erwartet, ist Freitag, nachmittags um 1 Uhr, der Reichspräsident hat den Abgeordneten telegraphisch Mitteilung von dieser Absicht der Regierung machen lassen. Mit den bürgerlichen Parteien ist ein Vertrauensvotum vereinbart, das so geschickt angeht, daß auch die Sozialdemokraten gegen dieses Votum nicht stimmen können, denn die Programmrede des neuen Kanzlers muß auch ihre Billigung finden. Die Deutschnationalen werden vermutlich dem Vertrauensvotum zustimmen, so daß mindestens 245 Stimmen von 488 Abgeordneten hinter dem neuen Kabinett stehen. Das neue Kabinett heißt im übrigen, bereits im Dezember Gelegenheit zu haben, mit England und Amerika positive Ergebnisse wegen der Stabilisierung der Mark zu tätigen, so daß die Beschränkungen wegen der kurzen Dauer dieses Kabinetts kaum zutreffen werden.)

Wie weiter verläuft, besteht in Kreisen der Parteien der Arbeitgemeinschaft die Ansicht, einen Vertrauensvotum einzubringen, das etwa lauten würde: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung. Die Parteien der Arbeitgemeinschaft würden voraussichtlich geschlossen für ein solches Votum stimmen; ihnen dürfte sich die Bayerische Volkspartei anschließen.

Wie in Reichstagskreisen verläuft, macht sich in der Arbeiterschaft ein Widerstand gegen die Opposition der Sozialdemokratie dem neuen Kabinett gegenüber bemerkbar und in Versammlungen sind bereits glatte Abreden gegen die Sabotagepolitik der Fraktion ergangen. Auch in der Fraktion der Sozialdemokraten wächst immer mehr die Erkenntnis, daß ein Ausschließen aus der Regierung ein unkluger Schritt gewesen sei, und man vermischt bereits wieder Brücken zu den bürgerlichen Parteien zu schlagen.

Vorsitzung der Reichstagskommission?

Berlin, 23. Nov. Man sieht dem Programm des neuen Kabinetts mit Spannung entgegen, da ja innerhalb der neuen Regierung verschiedene Richtungen vertreten sind. Von einigen Seiten wird die Ansicht geäußert, daß der neue Reichskanzler das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts nicht durchzuführen wird. Daraus läßt sich die Vermutung ableiten, daß die Reichstagskommission die die Wirtschaftspolitik im Anschluß an die Wirtschaftsprüfung des Reichs, die er erklärt, er habe die Absicht, die Politik dort fortzusetzen, wo Reichskanzler nicht verlassen habe.

Die Bayerische Volkspartei und das neue Kabinett.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
München, 23. Nov. Die Bayerische Volkspartei begrüßt in warmer und vertrauensvoller Weise den neuen Reichskanzler und sein Kabinett. Die Bayerische Volkspartei hat in ihrer partei-offiziellen Stellungnahme u. a.: Wir stehen dem neuen

Vor der Regierungserklärung im Reichstag. Leiter der Reichsregierung mit aller Unvoreingenommenheit gegenüber. Wenn die bürgerliche Volkspartei auch zurzeit enge parlamentarische Bindungen ablehnen muß, so hindert das nicht daran, daß sie dem Reichskanzler und seiner Regierung mit allen Kräften bei dem Versuch des großen nationalen Rettungswerkes beistehen wird.

Frankreich erwartet Zahlungsangebote von Cuno!

Paris, 23. Nov. Der „Temps“ schreibt an der endgültigen Abgabe des Kabinetts Cuno: Wir wollen in der inneren deutschen Politik nicht Partei ergreifen, stellen aber fest, daß das Kabinett Cuno den Äußersten gewisse Voraussetzungen einzufließen vermag. Es ist eine in der Weltgeschichte wiederholte, während Deutschlands, um seine finanzielle Lage wieder herzustellen, gerade der Einigung aller seiner Kräfte bedarf. Es ist eine in der Weltgeschichte wiederholte, während gerade die Befähigung der deutschen Republik unerlässlich erscheint. Daher warten wir ungeduldig darauf, daß der neue Kanzler sich über seine Politik in der Reparationsfrage äußert. Es ist gesagt worden, er würde sich darauf beschränken, für die letzte Note des Kabinetts Cuno die Verantwortung zu übernehmen. Wir möchten nicht glauben, daß er diesen Fehler macht. Was der letzte Note des Kabinetts Cuno Wert nahm, war der Umstand, daß die Reparationsfrage von Paris her behandelt wurde. Cuno hat ein Kabinett gebildet mit derjenigen Partei, die das eigentliche deutsche Kapital vertritt. Von ihm erwarten wir zu hören, wie und wann er dieses Kapital flüssig zu machen gedenkt, um die Reparationsforderungen zu bezahlen. Wenn ein Ministerium unter dem Vorsitz Cuno's, des Direktors der Danzig-Amerika-Linie, steht und wenn ihm in der Person Cuno's ein notorischer Vertreter der größten Industrie-Interessenten zur Seite steht, so kann dieses Ministerium sich nicht in unbestimmten Formeln bewegen. Wenn es Vertrauen einflößen will, muß es bestimmte Angebote bringen. (W. T. B.)

Die dänische Presse über Dr. v. Rosenberg.

Kopenhagen, 23. Nov. Die Kopenhagener Presse bedauert einmütig, daß Rosenberg nach so kurzer Tätigkeit schon wieder aus Kopenhagen scheiden müsse. Politiken bemerkt unter anderem: Rosenberg hat sich in Kopenhagen trotz der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit eine angelegene Stellung geschaffen. „Berlingske Tidende“ führt aus: Rosenberg hat es in Kopenhagen verstanden, ausgezeichnete Beziehungen nach allen Seiten anzuknüpfen. Man weiß bestimmt, daß er diesen Pöken nur ungern verläßt. — „Rechnis“ drückt sich „National-Tidende“ aus: — Das Regierungsgesamt „Løbenhavn“ führt aus: Rosenberg wird als Mann mit klarer, klarem Kopf und hervorragender Ausbildung in seinem Fache geschildert. Er hat ein lebhaftes, gewinnendes Wesen und für alle neuen Strömungen großes Interesse. Sein Urteil ist kritisch und überlegen. (W. T. B.)

Neue gewaltige Steigerung der Eisenbahntarife.

Erläuterungen des Verkehrsministeriums.

Neue Tarifsteigerung für Januar in Sicht!
Berlin, 23. Nov. Die Reichsbahn erhöht zum 1. Dezember die Güter- und Personentarife um 150 Prozent, die Personentarife um 100 Prozent. Dazu schreibt die Pressestelle des Reichsverkehrsministeriums u. a.: Während die hundertprozentige Steigerung der Personentarife bereits früher bekanntgemacht ist, haben erst die Ermittlungen der letzten Tage über die voraussichtlichen Ausgaben der Reichsbahn im November und Dezember zu dem Entschlusse geführt, für die Gütertarife am 1. Dezember eine Erhöhung von 150 Prozent eintreten zu lassen. Wenn auch die unbedingt notwendige Balancierung der Reichsbahn erst im Januar für das erste Quartal abgeklärt, so auch nach einer vorläufigen Berechnung noch für den Monat Oktober vorhanden ist, so lassen die sprunghaft ansteigenden, die seit Beschlußfassung über die letzte Tarifsteigerung (30. Oktober) eingetreten sind, es als zweifelhaft erscheinen, ob die zum 1. November eingetretene Gütertarifsteigerung um nur 50 Prozent die Ausgaben des Monats November voll decken wird, einmal die Reichsbahn infolge der sehr hohen Kohlelieferungspreise im Oktober und November über 20 Millionen Einnahmen (Kohlenlieferungspreise) verzeichnen hat. Von einer Anhebung der Tarife an die Preissteigerung durch Erhöhung während des Monats November wurde wegen der von wirtschaftlicher Seite gegen derartige Erhöhungen geltend gemachten Bedenken und wegen der großen Schwierigkeiten, die in dem Geschäftsbetriebe der Reichsbahn dadurch eintreten können, abgesehen. Die Pressestelle weist ferner auf die sonnenhafte Erhöhung der Reichsbahn durch die eintretenden Hände, der Reichsbahn und insbesondere auf die Tatsache hin, daß ein Bruchteil der Eisenbahntarife in englische Maße ist, und läßt weiter aus:

Die Gütertarife bleiben, auch wenn sie vom 1. Dezember ab das 100fache der Friedenssätze betragen, immer noch hinter dem Durchschnittspreis der Reichsbahn für Kohle und Eisen (von dem die Personentarife vom 1. Dezember erst das 10fache der Friedenssätze betragen).

Weitere Steigerungen, und zwar unter Veranschlagung der höheren Klassen, sind auch hier zum 1. Januar zu erwarten.

Bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage muß die Reichsbahn im Interesse des Volksgutes jeder Preissteigerung in ihren Gütertarifen folgen, um bei einer Stabilisierung der Mark oder beim Sinken der Konjunktur aus der inneren Gesundheit ihres Unternehmens heraus auch die rückläufige Bewegung durch Preissteigerungen in ihren Gütertarifen mitmachen zu können. (W. T. B.)

Die Darmstädter Ausschreitungen vor Gericht.

Darmstadt, 23. Nov. Nach zweitägigen Verhandlungen wurde von der hiesigen Strafkammer heute nachmittags das Urteil gegen die an den Ausschreitungen vom 27. Juli d. J. Beteiligten verlesen. Gegen 16 Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr verhängt. Es handelt sich um jene Ausschreitungen, in deren Verlauf in den Räumen der „Holl. Landesbank“ und des „Fagl. Anz.“ sowie des Barons Belmoll-Hofens und des Wd. Dr. Djan Berührungen anverleitet worden waren und bei denen der Wd. Dingel den m. i. h. handelt worden war. (W. T. B.)

Dollar (Amtlich): 6287,5
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 6300

Memel, der nördlichste Wächter deutscher Kultur.

Dem neuen Außenminister v. Rosenbergs erwächst in der Memeler Frage gleich eine Aufgabe, bei deren Behandlung er zeigen kann, ob er die Forderung der nationalen öffentlichen Meinung ohne Unterschied der Partei hält und trotz der eng verschlungenen, die deutsche Bewegungsfreiheit hemmenden Maschen des Verfallener Vertragsnetzes den deutschen Standpunkt mit Geschick und Würde zu wahren versteht. Die Stadt Memel bildet im alten Reich das nördlichste Wahrzeichen deutscher Kultur auf dem europäischen Kontinent und ist ein halbes Jahrhundert hindurch ein von allen Kriegserregnissen unberührter deutscher Besitz geblieben. Das Memeler Gebiet, Stadt und Umgebung zusammengenommen, ist mit seinen 150 000 Einwohnern zu 95 v. H. deutsch und bildet das natürliche Verbindungsglied zwischen Deutschland und Litauen, indem es zugleich dem deutschen Handel die Tür nach Rußland öffnet. Hier stehen nun der Konkurrenzzeit und die Ländergüter der Entente ein, um Deutschland dieses Stützpunktes seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland zu berauben, und so wurde denn in Versailles der Beschluß gefaßt, die endgültige Regelung des Schicksals dieser Gebiete dem Volkswilligen zu überlassen und das Gebiet einzuweisen durch einen französischen Oberkommissar verwalten zu lassen. Deutschland hat sich im Verfallener Verträge begeben müssen, die von den Alliierten zu treffenden Bestimmungen über gewisse im Verträge näher bezeichnete Gebiete im Osten nach Art. 23 im voraus anzuerkennen; eine Zustimmung, über deren gewalttätigen, jedem Rechtsgefühl hochstehenden Charakter kein Wort verloren zu werden braucht. Wenn aber die Reichsregierung durch den Artikel 23 Zustimmung zu versagen, die Entscheidung des Völkerbundes ihre Zustimmung zu versagen, so bleibt es ihr doch unbenommen, auf den Beschluß des Rates, solange er noch in der Schwebe ist, mit allen in Gebote stehenden diplomatischen Mitteln einzuwirken und den Versuch zu machen, die Forderung, die das letzte Wort in der Sache zu sprechen hat, durch Vorlegung einsehender Nachweise über den deutschen Charakter der Bewohner und durch nachdrückliche Berufung auf das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung zu einem Verfahren zu bewegen, das auch vom deutschen Standpunkte aus anerkannt werden könnte. Ein solches Verfahren aber kann allein eine Volksabstimmung sein, die, unbehindert durch Anfechtungen und Praktiken, wie wir sie in Copen-Malmö erlebt haben, die wirkliche Meinung der Memeler Bevölkerung zum Ausdruck bringt. In diesem Sinne muß der neue Vetter des Auswärtigen Amtes sich in der Memeler Frage betätigen, und er darf bei seinem Vorgehen der unmittelbaren Unterstützung der ganzen Nation sicher sein. Die Abrennung Memels von Deutschland durch einen einseitigen Akt der Entente, ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung, stellt einen Gewaltakt dar, den die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung nicht hinnehmen dürfen, sondern gegen den sie gemeinsam den Protest des Rechtes zum Ausdruck bringen müssen. Der Verfallener Vertrag selbst hat feierlich und förmlich den Grundgedanken der nationalen Selbstbestimmung anerkannt. Wenn nun die augenblicklichen Machthaber der Siegerstaaten verblendet genug sind, um trotz aller bösen Erfahrungen, die sie mit ihrer Gewaltpolitik gemacht haben, auch in der Memeler Frage wieder lediglich die Faust entscheiden zu lassen und sich über das Recht der Memeler Deutschen auf eigene Bestimmung ihres nationalen Schicksals hochmütig hinwegzusetzen, so muß wenigstens von deutscher Seite mit der ganzen moralischen Wucht, die unserem geknechteten Volke immer noch zu Gebote steht, die unferne Aufgabe einer solchen Politik gekennzeichnet werden. Wir müssen der zivilisierten Welt den Rechtsbruch, der hier wieder begangen wird, ins Bewußtsein hämmern, und schaden der bitteren Notwendigkeit, daß wir uns letzten Endes mit dem Spruche des Völkerbundes anerkennen, wenn auch nicht mit unserem inneren Rechtsgefühl, abzufinden haben. Die Frage ist jetzt dringlich geworden, weil die Entscheidung des Obersten Rates unmittelbar bevorzugen soll.

Eine Volksabstimmung in Memeler Gebiete wäre unerlässlich, wenn auch nur eine Spur von gutem Willen, das im Verfallener Verträge selbst festgelegte Recht der nationalen Eigenbestimmung wahren zu lassen, bei der Entente vorhanden wäre. Die treibende Kraft in der Angelegenheit aber bildet das im Völkerbunde ausschlaggebende Frankreich, und daraus ergibt sich für uns die Erkenntnis, daß wir praktisch für unsere Forderung nach Volksabstimmung nichts zu erhoffen haben, wenn uns das selbstverständliche auch nicht abhalten darf, unseren Standpunkt nachdrücklich zu wahren. Die Franzosen sind auf den Hals von Memel verfallen, weil er eine wichtige Rolle in ihren politischen Plänen spielt, die darauf abzielen, Deutschland im Osten von Baltischen bis zum Schwarzen Meere so abzusperren, daß es diese Mauer nicht durchdringen und weder wirtschaftliche noch politische Beziehungen engerer Art mit Rußland

Die Volksentscheidung in Oberschlesien.

Die katastrophale Niederlage der Sozialdemokraten und Demokraten. — Der Sieg der beiden Rechtsparteien.

(Von unserem ober-schlesischen Mitarbeiter.)

Glenn, 21. November.
Während sich Oberbürger Dr. Cuno in Berlin abmüht, um eine neue Regierung zustande zu bringen, läßt die Bevölkerung Oberschlesiens am letzten Sonntag ein Urteil über die Politik der letzten Jahre, das verheerend ausfallen ist für die Sozialdemokratie und für die Demokraten, während für das Zentrum, nicht aus politischen Gründen, hollen konnte. Allgemein muß bedacht werden, daß die Wahlteilnahme

eine bedeutend höhere war wie bei der Nationalversammlung. Aber die geringere Wahlbeteiligung hat nicht davon abhalten können, daß die beiden Rechtsparteien überall große Erfolge buchen konnten und daß sich die geringere Wahlbeteiligung allein bei dem Zentrum und bei den Parteien der Linken bemerkbar gemacht hat. Das Zentrum erhielt auf dem deutschgebirglichen Gebiet Oberschlesiens bei der Wahl zur Nationalversammlung noch rund 230 000 Stimmen, jetzt nur rund 200 000. Die Ursachen dieses Rückganges sind durchweg solche politischer Natur. Nur in Genuß, wo das Zentrum von 12 000 Stimmen auf 9700 Stimmen sank, ist die Ursache in häuslichen Zwistigkeiten zu suchen. Dort sind die häuslichen Zwistigkeiten des Zentrums aus der Ursache, daß die Wahlbeteiligung mit 54 % die geringste war. Wenn das Zentrum trotzdem mit drei Mandatanten in den Reichstag einzog und es sich in der Hauptstadt behaupten konnte, so liegt die Ursache auf reinlichem Gebiete. Es arbeitete in den letzten vierzehn Tagen nur mit religiösen Motiven. Es schob die politische Agitation in den Hintergrund, unterließ anderen Parteien Religionsbeuge und Kulturkampfsätze und brachte es allein dadurch fertig, daß sich der alte Stamm seiner Wähler erneut um die Zentrumspitze scharte.

Eine geradezu katastrophale Niederlage erlitt die Sozialdemokratie. Die unabhängige Sozialdemokratie ist auch in Oberschlesien reißlos in die Mehrheitssozialdemokratie aufgegangen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt die Mehrheitssozialdemokratie noch 141 000 Stimmen, während die unabhängigen 18 000 Stimmen stellten, zusammen also rund 160 000 Stimmen. Jetzt erhielt die Sozialdemokratie nur rund 78 000 Stimmen, so daß die Partei also weit über die Hälfte ihrer Wähler verloren hat. Selbst wenn wir die Zahl der Kommunisten mit 88 000 den Sozialdemokraten zurechnen, kommen wir immer erst auf 109 000.

Die Einzel-Ergebnisse

zeigen die schwere Niederlage der Sozialdemokratie noch deutlicher. Die Partei sank in Cosel von 11 000 auf noch nicht 6000, in Beuthen von 6000 auf 1800, in Reuthe von 13 600 auf 2000, in Oppeln von 4800 auf 2400, in Ratibor von 5000 auf 1700, in Gleiwitz von 14 000 auf 5500, in Reiche von 4200 auf 1400 usw. Die Sozialdemokratie hatte bisher im Reichstag fünf ober-schlesische Vertreter, sie wird künftig Oberschlesien nur durch ein Mandat vertreten können. Im preussischen Landtag hatte sie bisher 8 Vertreter, und auch dort wird sie künftig nur einen Vertreter aus Oberschlesien haben.

Der Wechsel in der englischen Reparationspolitik.

Unterstützung Frankreichs bis zur äußersten Grenze.

Paris, 23. Nov. Die hier verlautet, ist die Kasse Bradburns für die Entwicklung des Reparationsproblems von ausschlaggebender Bedeutung. Der britische Vertreter in der Reparationskommission soll nämlich vom neuen Kabinett erhalten haben, die französischen Ansprüche in der Reparationsfrage bis zur äußersten Grenze zu unterstützen. In der morgen stattfindenden Besprechung mit Bonar Law sollte nun Bradburn seine Bedenken gegen diesen Wechsel des englischen Reparationshandpunktes vorbringen und begründen. Falls das Kabinett auf der Insultation, die im Gegensatz zu den Ansichten Bradburns steht, verharren sollte, sei es nicht ausgeschlossen, daß Bradburn daraus die Konsequenzen ziehe. Die von diplomatischer Seite noch nicht geäußert, bezeichnet man am Court of Deans den zwischen England und Frankreich zustande gekommenen Accord als das wichtigste politische Ereignis seit Abschluß des Waffenstillstandsvertrages. Die Verhandlungen beziehen sich nicht nur auf die Orientfragen, sondern auch auf das Reparationsproblem und auf das Verhältnis zwischen England und Curzon, das nicht nur den bisherigen Interessen (Gegensatz zwischen den beiden Alliierten) bezieht, sondern die alte Freundschaft neu aufzufrischen und beschleunigen.

Der neue italienische Kurs gegen Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Paris, 23. Nov. Der „Matin“ meldet aus Lausanne, daß Mussolini, bevor er Lausanne verlassen habe, den Journalisten erklärt habe: Deutschland kann zahlen und wird zahlen, wenn wir es verstehen, und zu einigen.

Die Pariser Reparationsbesprechungen.

Paris, 23. Nov. Polonard empfing heute vormittag den belgischen Ministerpräsidenten Theunis und den belgischen Außenminister Jaspar. Am Anschluß daran fand am Court of Deans ein Frühstück statt, an dem u. a. die belgischen Vertreter in der Reparationskommission, der Vorsitzende der Kommission Barison, Mouchere, der Finanzminister De Laherrie und der Minister für die besetzten Gebiete Raibet teilnahmen.

Nach einem Dvond-Vericht wird von belgischer Seite berichtet, daß das Ergebnis dieser Zusammenkunft sehr befriedigend sei. Polonard werde eine Konferenz der Ministerpräsidenten von Frankreich, Großbritannien, Italien und Belgien veranstalten, um gemeinsam ein Programm für die Brüsseler Konferenz festzusetzen. (DZB.)

Paris, 23. November. Amerikanischen Korrespondenten gegenüber sollen sich die gestern abend hier eingetroffenen belgischen Minister Jaspar und Theunis dahin ausgesprochen haben, daß sie sehr gewiß seien, die Einladungen zur Brüsseler Konferenz nur dann auszusagen, wenn sie von vornherein über den vollkommenen Erfolg dieser Konferenz Sicherheit hätten. Diese Nachricht scheint durch Ausführungen des „Zeit-Verstärker“ bestätigt zu werden. Das Blatt hebt hervor, daß es vor allem nützlich sei, vor dem endgültigen Zusammentritt der Konferenz sich zu vergewissern, ob die Alliierten, insbesondere Frankreich und England, Aussicht hätten, sich über die Konferenz zu einigen.

Frankreichs Widerstand gegen das Washingtoner Flottenabkommen.

Paris, 23. Nov. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der ehemalige Ministerpräsident Denegues, hat in einem dem Vertreter der „Chicago Tribune“ gewährten Interview erklärt, der Wunsch würde in seinen Kreisen sich gegen die Ratifizierung der Washingtoner Abmachungen aussprechen. Die Kommission lehne den gleichen Widerstand bei Italien ab, weil Frankreich von zwei Meeren begrenzt sei, ein ungeheures Kolonialreich besitze, das 16 Stranden von Mexiko entfernt läge, und seine Verbandswege schützen müsse. Vielleicht werde es Frankreich unmöglich sein, seine Flotte in dem folgenden Jahre zu

Einem ähnlich katastrophalen Umfang hat die Niederlage der Demokraten angenommen. Die heute bei den Wahlen zur Nationalversammlung auf dem deutschgebirglichen Gebiete immerhin noch 31 000 Stimmen erhalten. Jetzt erhielt sie wenig mehr als 11 000 Stimmen, so daß sie von ihrem Wahlerfolg nur noch ein hartes Drittel retten konnte. Sie erhielt weder ein Mandat zum Reichstag, noch ein zum Landtag. Ihre Ältern in Stadt und Land sind so geringfügig, daß die demokratische Organisation als völlig zerfallen gelten darf.

Den Gewinn haben einmal gehabt die Kommunisten, die 36 000 Stimmen erhielten. Für ein Reichstagsmandat ist das zu wenig. Immerhin besteht die Möglichkeit, daß die Kommunisten auf Reichstagsmandat noch zu einem Mandat kommen. Dieser Erfolg der Kommunisten ist geringfügig gegenüber den Erfolgen, die die beiden Rechtsparteien errungen haben, wenn sich diese Erfolge auch nicht durch die Zahl der errungenen Mandate ausdrücken. Die Deutsche Volkspartei war bei den Wahlen zur Nationalversammlung überhaupt noch nicht auf dem Plan erschienen. Es kam die lange Besatzungszeit, während der die Partei gleichfalls in Oberschlesien nicht arbeiten und sich keinerlei Organisation schaffen konnte. Sie war auch jetzt nicht in der Lage, sich eine eigene Organisation zu schaffen, und mußte infolgedessen ihre Arbeit vornehmlich auf die Städte beschränken. Trotzdem erhielt sie jetzt fast 40 000 Stimmen, ein Bestand, der reißlos als Gewinn zu werten ist und den die Partei dem verlassenen Kandidaten des Spitzenkandidaten, Admiral Scherer, zu danken hat. Den größten Gewinn hat die Deutsche nationale Volkspartei zu verzeichnen. Sie hatte sich in Oberschlesien schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen können, damals aber nur 31 000 Stimmen erhalten, während sie jetzt fast 70 000 bekam. Auch hier ist zu beachten, daß die Partei nicht über eine so feste Organisation verfügt, wie z. B. das Zentrum. Trotzdem hat die Deutsche nationale Volkspartei in einzelnen Bezirken ihre Stimmzahl vervierfacht, so z. B. in Cosel, wo sie von rund 1000 Stimmen auf 4000 stieg, in Grottau sogar von 400 auf 2000.

Als Grenzprovinz hat die Wahlentscheidung durch das große Zinken der polnischen Wähler die erste entscheidende Auswirkung erfahren. Auf dem deutschgebirglichen Gebiete Oberschlesiens hatten die Polen bei der Volksabstimmung 100 000 Stimmen erhalten. Rechnen wir hierzu ab die Stimmen der hier nicht anständig gewordenen Polen, so bleiben etwa 100 000 Stimmen übrig. Bei der Wahl am Sonntag erhielten die Polen nur 50 000 Stimmen. Die Polen hatten gehofft, durch den Ausgang dieser Wahl Stoff zu einer kräftigeren Bewegung ihrer Agitation für die Abtrennung weiterer Gebiete des Landes zu erhalten. Darin leben sie sich getäuscht. Sie haben nur von acht Mandatanten ein erhalten können, während die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien aufgeführt von 48 Mandatanten daten 14, also fast ein Drittel besitzen. In dieser Gegenüberstellung liegt ein weiteres Urteil über die Unmöglichkeit der Welter Diktate.

Die Ablehnung der Clemenceau-Rede in Amerika.

Paris, 23. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat der Senator Borah die Rede Clemenceaus als beleidigend, unerlässlich und leber politischen Note bar bezeichnet. Der Senator Hitchcock erklärte, die Rede gefesse ihm nicht. Senator Lodge lehnte eine Renzierung ab. (W. T. U.)

Die türkischen Forderungen in Lausanne.

Lausanne, 23. Nov. Ueber die von der türkischen Delegation in der ersten Kommission vorgebrachten Forderungen erfährt man, die Türken fordern:
1. Die Wiederherstellung der Grenze von 1913.
2. Den Einfluß des Bahnhofs Adrianopel-Karafen in die Grenze.
3. Die Entmilitarisierung einer Zone an beiden Seiten der Mariza unter der vollen Wahrung der türkischen Souveränität.
4. Einen bulgarischen Verkehrsgang längs des Mariza.
5. Abstinenz in Westthrazien. (W. T. U.)

Paris, 23. Nov. Der Sonderberichterstatter von Cavat in Lausanne meldet, Jomei-Pasha habe in der Kommission für territoriale Fragen im Zusammenhang mit der Ablehnung der Volksabstimmung in Westthrazien durch die Friedenskonferenz seiner Ueberraschung Ausdruck gegeben, daß die Türkei, die erklärt hätte, sie kämpfte für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sich heute der türkischen Forderung widersetzen. Die Türken zeigen sich, nach dem Sonderberichterstatter, unzufrieden mit der Wiederherstellung des Balkanbundes, und erklären, sie müßten gegen diese Einheitsfront eine ebenso geschlossene eigene Front bilden. (W. T. U.)

Das Eingreifen Russlands in Lausanne.

Paris, 23. Nov. Das Eingreifen Russlands in Lausanne wird von den französischen Zeitungen für bedeutungsvoll gehalten, da die türkischen Forderungen, die von den interessierten Staaten bekräftigt werden, jetzt von der Sowjet-Republik unterstützt werden. Wollski soll nach dem „Echo de Paris“ erklärt haben, daß er nicht nur für die Zulassung der Sowjet-Regierung, sondern auch für die offizielle Anerkennung der Sowjet-Republik sei.

Amerika und das Petroleum von Mossul.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Lausanne, 23. Nov. Die hier weilenden Amerikaner haben mit Vertretern der Angoraregierung über den Bau und die Konzession von Eisenbahnen in Anatolien verhandelt, von denen eine Linie nach Mossul führen soll. Schon kürzlich waren aus Konstantinopel Nachrichten eingetroffen, nach denen hier Chefer, der Vertreter der amerikanischen Finanzgruppe, in Angora dem Kommissar für Wirtschaft und öffentliche Arbeiten einen Plan für die Reorganisation Anatoliens vorgelegt hat. Ein Teil dieser Pläne sieht im Osten und Norden Anatoliens den Bau von Eisenbahnen und die Ausbeutung der Grubenreichümer in einem Umkreis von 20 Kilometer Umkreis dieser Eisenbahnen, sowie die Ausnutzung der dort gelegenen Petroleumvorkommen vor. Der gleiche amerikanische Unternehmer soll gleichfalls einen großen Öl-beraubungsplan für die arabischen Gebiete und über die Bedienung des Ackerbaues durch Einfuhr einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen vorgelegt haben.

Abstimmung Rissak-Paschas.

Konstantinopel, 22. Nov. Nachdem unter Aufsicht der Osmanen die Interventionen über die Verwaltung von Konstantinopel abgelehrt worden waren, beschloß die Nationalversammlung, daß Selas Eddin Rissak-Pascha an die Stelle von Rissak-Pascha treten soll. (W. T. U.)

anknüpfen kann. Ursprünglich sah sich Frankreich in seinem Bemühen, Wien unter seine Schirmherrschaft zu bringen, durch England gehindert, das ebenfalls den vorliegenden Dasein für seine Vorkriegspolitik nutzbar zu machen trachtete. Wien allein konnte unter diesem Vorwand nicht genügend dienen, wenn sich der englische Einfluß nicht auch in dem italienischen und polnischen Hinterlande in entsprechendem Maße festzusetzen vermochte. Das gelang den Engländern nicht, weil Frankreich dort schon vorzeitig vorgegriffen hatte, daß alle Chancen auf seiner Seite waren. Sobald man in London eingesehen hatte, daß gegen die französische Vormachtstellung in Polen und Italien nicht anzukommen war, gaben sie Wien völlig preis und richteten ihr Augenmerk auf Tsungia, um dieses zum Stützpunkt ihrer Ostpolitik auszuwählen. Britischer Handel und Seefahrt sind dort ungenügend tätig und diese Beobachtung veranlaßte die Pariser Politik, nimmere hierauf auf Verflechtung in der Organisation der Wiener Frage zu bringen, so daß schon in der nächsten Zeit mit der Beschlußfassung des Obersten Rates zu rechnen ist. Die letzten Absichten Frankreichs seien dahin, Wien in Italien einzuführen und Italien zu einem Bestandteil des polnischen Staates zu machen. Dann hätte die Pariser Politik im Osten einen für die französischen Interessen geradezu idealen Zustand geschaffen. Tsungia wäre tatsächlich von Russland abgeschnürt und der französische Handel könnte ungehindert auf dem Ostsee-Europas, Südostsee, vordringen und dieses zu seiner Basis machen. Der Plan hat aber infolgedessen noch einen Haken, als die Wiener den französischen Bündnissen nach ihrer Annahmevergung an Polen noch Widerstand entgegenzusetzen, und Wien selbst nun den Widerstand entgegenzusetzen müßte. Die Wiener haben jedoch Appell auf den Wiener Dänen, wachen aber auch ihre staatliche Selbstständigkeit nicht eifrig, während die Franzosen die Erteilung eines unabhängigen italienischen Staates als ein unannehmliches Hindernis bei der Verfolgung ihrer deutsch-italienischen Kreislaufpolitik im Osten empfanden. Zur Not würden sich die Pariser Machthaber mit der Einverleibung Wiens in Italien auch unter der Bedingung einverstanden erklären, daß Wien formell zwar als eigener Staat bestehen bliebe, aber Verantw. dafür habe, daß er sich aus der polnisch-französischen Welt ausziehen und lediglich die Rolle eines polnisch-französischen Vasallenstaates spielen würde.

Selbst in Italien die von Frankreich verkauften Vorkämpfer für das Aufheben der italienischen Politik in der französisch-polnischen nicht in demselben Maße geübt hat, will man sich in Paris auch nicht um der Einverleibung Wiens in Italien bemühen, sondern sucht die einseitige Lösung der Frage in der Richtung eines Wiener Dreikönigreiches. Ein solcher „Dreikönig“ im französischen Sinne bedeutet bekanntlich nichts anderes als ein Gemeinwesen, das in Politik, Wirtschaft und geistlicher Kultur aus dem Pariser Zentrum hervorgeht und in dem die Franzosen auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung, insbesondere auch im Unterricht, mit höchstem Einfluß wirken. Wenn dann nach geübter Transfizierung der deutschen Bevölkerung der französische Charakter des Gemeinwesens hindurchgeschleiert erscheint und auch die Wiener soweit würde bemerkt werden, um die höhere französisch-polnische Hand über sich anzuheben und nicht mehr wider den Pariser Pariser Handel zu leiden, wird der Zweck erreicht sein, was der Wiener „Dreikönig“ von Frankreich als Teil zur Einverleibung in Italien erreicht wird; dann wäre Wien tatsächlich unter polnische Oberhoheit geraten und damit der französischen antichristlichen Einverleibung, und Ausbeutungspolitik weitaus überlassen. Es wäre dann vermehrt, was eine Anzahl in Paris veröffentlichte Karte bereits vorhergesagt hat: Italien und Wien mit Polen vereint. Die Karte geht sogar noch weiter und läßt am Ostende von dem künftigen Großpolen verzeichnet werden. Man sieht, die Franzosen nicht bloß Frankreich, sondern auch aller seiner Eroberungen, die vom Pariser Reich beherrscht werden, ist unerschütterlich und treibt eigenartige Pläne. Mit dieser Sorge und Teilnahme und mit der Entschlossenheit, einem neuen Weltreich zu entstehen zu sein, verfolgt die deutsche Nation die weitere Entwicklung der Wiener Frage. Wenn nicht in letzter Stunde noch unter dem Einfluß der deutschen Forderungen die bessere Einsicht im Völkerbundsaat die Oberhand gewinnt, kann es nicht verhindert werden, daß die endgültige Entscheidung in einem Sinne fällt, der selber eher später die Preisgabe des Wiener Dreikönigreiches an die italienisch-polnische Infrastruktur bedeutet. Wir werden in dem Zustande der nationalen Schwäche und Verwirrung, in dem wir uns derzeit befinden, auch diese Abhandlung des nationalen Widerstandsrechtes noch hinnehmen müssen, aber in unserer Brust wird die Hoffnung nicht erlöschen, daß ein der Zeit kommt, wo das Recht, das unerschütterlich über die Welt steht, die Leute das Recht führt, triumphiert und der Selbstbestimmung der Nationen, die hier nur Narce geworden ist, eine ernsthafte Durchsicht gewährt.

Reichs-Betriebsräte-Kongress.

Berlin, 23. Nov. In Berlin begann heute der von den radikalen Betriebsräten einberufene Reichs-Betriebsräte-Kongress. An dem Kongress nehmen etwa 1500 Delegierte teil.

Aus dem Vortragsbericht des kommunistischen Reichs-Betriebsräte-Kongress ging hervor, daß für die kommunistische Betriebsrätebewegung bereits die Summe von 1 000 000 Mit. in Deutschland aufgenommen worden ist. Dem Kongress wurden dann Richtlinien vorgelesen, in denen eine Reihe von Forderungen aufgestellt werden. Zur Erleichterung der Arbeiterschaft wird Forderung gemacht von Lebensmittelpreisen und ihre Verteilung durch die Gewerkschaften unter Kontrolle der Arbeiter verlangt und Forderung gemacht der Luxusbewohnungen. Zur Bekämpfung der „Anbauabgabe“ der Großgrundbesitzer wird u. a. Kontrolle der Feldbestellung verlangt. Neu ist ferner die Forderung der Einführung der Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen von 18 bis 38 Jahren unter Arbeiterkontrolle. Weitere Forderungen betreffen die Annullierung des Versailles-Vertrages, eine gemeinsame Konferenz Deutschlands, Österreichs, Sowjetrußlands und der Türkei zur Annullierung der Diktatfrieden und zur Bildung eines Völkerbundes, sowie der Gewährung eines internationalen Aufschubes für die War- und Sachleistungen. Andere Forderungen betreffen dann die Befreiung der Arbeiterrevolution. Um sie durchzuführen, heißt es in den Richtlinien, muß die Bildung einer Arbeiterregierung, nicht auf Arbeiterwerken, Betriebs- und Kontrollräte der mobilisierten gesamten werkschaftlichen Bevölkerung zur Verwirklichung dieses „Reinigungsprogramms“ erklämpft werden.

Der Wechsel im Wirtschaftsministerium.

Berlin, 23. Nov. Der Ministerwechsel im Reichswirtschaftsministerium vollzog sich heute vormittag in beiderseitigen längeren Ansprachen des abtretenden Ministers Robert Schmidt und des neuen Ministers Dr. Becker-Olsen. Der neue Minister sagte seinem abtretenden Kollegen u. a., daß dieser sich durch die Art der Führung seiner Amtsgeschäfte wohl manche Geuer, aber keinen persönlichen Feind geschaffen habe. Dem verabschiedeten Stab der Beamten und Angestellten des Ministeriums rief der Minister zu, er werde bei seinen Mitarbeitern nicht auf parteipolitische Gesinnung, sondern nur auf Arbeitswillen und Arbeitsleistung sehen, und daß ihm mit dem gleichen Vertrauen entgegenzukommen, das er den Beamten entgegenbringe. Er habe sich zu dem schwierigen Amt nicht gedrängt, habe aber geglaubt, sich in dieser Zeit hierunter vaterländischer Not der Arbeit und der schweren Verantwortung nicht entziehen zu dürfen. (W. T. U.)

Berlin, 23. Nov. Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Professor Dr. Gluck, ist antragsgemäß in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. (W. T. U.)

Seite 2
Dresdener Nachrichten
Freitag, 24. November 1922
Nr. 494

Deutscher Reichstag.

Westfälung eines Berliner Schriftstellers) Berlin, 23. Nov. Der erste Punkt der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, wurde nach dem Wunsch des Reichstages durch den Reichstag verlesen und darauf die Beratung der Geschäftsordnung fortgesetzt. Abg. Reuten (Komm.) verwarf die Beschränkung der Einbringung der kleinen Anfragen. Nach der Beratung soll verhandelt werden, diese einzuführen, indem jede kleine Anfrage von dreißig Mitgliedern unterstützt sein soll. — Abg. Ruhnert (Soz.) beantragt, die Zahl der Unterschriften für kleine Anfragen von 20 auf 15 zu vermindern.

Abg. Röh (Dem.) weist darauf hin, daß in England die Anfragen das Mittel der Opposition sind, um die Regierung zu zerkleinern. Die Anfragen bestehen dort meist nur in einem Satz, die Antworten oft in einem Pa oder Reim. Bei uns haben sich die kleinen Anfragen meistens zu einem parlamentarischen Unfug ausgewachsen. (Zustimmung.) Ob wird nur ein Stellungsarartikel abgelehrt werden und Bagatellen vorgebracht, die in die Form einer Anfrage zu stellen sich jede Stadtverordnetenversammlung geneigen würde. (Zustimmung.) — Abg. Schmidt, Soz. (Soz.), stellt mit Bedauern fest, daß die Einrichtung der kleinen Anfragen sich bei uns völlig abgewirkt habe. — Der kommunistische Antrag, es beim bisherigen Brauche zu belassen, wonach jeder Abgeordnete beliebig viel Anfragen stellen kann, wird abgelehnt, der sozialistische Antrag, wonach zur Einbringung einer Anfrage 15 Unterschriften gehören, dagegen angenommen. Zur Einreichung einer Interpellation sind 20 Unterschriften notwendig.

Bei mehr als dritteliger Besetzung des Hauses schloß sich dann die Debatte noch eine zeitlang hin. Angenommen wurde schließlich bei den Bestimmungen über die Petitionen ein Antrag Dr. Bell (Zentrum), wonach die Berücksichtigung der Petitionen in der Regel nicht schriftlich erfolgen soll. Angenommen wurde weiter ein demokratischer Antrag, wonach bei einmütigen Beschlüssen der Petitions-Kommission kein schriftlicher Bericht erstattet werden soll, und ein Antrag Rahl (D. Sp.), wonach die Petition bei der Aufstellung der Reichsregierung gekürzt werden sollen. Die Bestimmungen über die Sitzungen des Reichstages wurden ebenfalls angenommen. Das Haus verlor sich dann auf Freitag 1 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Zur Ernennung des neuen Postministers.

Man schreibt uns aus Postbeamtenkreisen: Durch den Abgang des Postministers Wiesbert ist es nicht die so oft schon geforderte Entfaltung der Postminister aus den Fachministerien durchgeführt worden. Gerade während der Tätigkeit des Herrn Wiesbert haben sich die Folgen der Parteimitgliedschaft ganz besonders fühlbar gemacht. Der Leiter des Reichspostbetriebes, der wie kaum ein anderer der Allgemeinheit dienen soll, hat so viel Schwierigkeiten und verantwortungsvollen Aufgaben seines Fachministeriums zu lösen, daß ihm für Parteiarbeit und Wahlkampfaktionen keine Zeit übrig bleibt. Die dauernden Rücksichten auf „seine“ und andere politische Parteien, mit denen „seine“ Partei in Opposition oder, wie bezüglich der Sozialdemokratischen Partei von Herrn Wiesbert in Dresden behauptet wurde, nur in Arbeitsgemeinschaft steht, führt, was leider unter Herrn Wiesbert vorgekommen ist, dazu, daß sich der Minister bei wichtigen politischen Entscheidungen von parteipolitischen und nicht von rein sachlichen und dienlichen Erwägungen leiten läßt. Eine Hauptforderung des neuen Ministers muß daher sein: Politik gehört nicht in den Dienst. Behörden, Beamte und insbesondere Beamtenverteilungen müssen sich bei ihren dienstlichen Maßnahmen von parteipolitischen Unbedingtheiten freihalten. Kaufmännischer Geist muß ferner in den weitverbreiteten Betrieb der Post und in die Beamtenenschaft eindringen, namentlich das gesamte Reichspostwesen beherrschen und dem Bürokratismus hart zu Leibe gehen. Innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit muß nachhaltig gearbeitet werden, bloße Arbeitsbereitschaft und Dienstschicht, die mit geringen Leistungen ausgediebt sind, dürfen nicht als volle Beschäftigung gelten. Bei begründeten Anträgen müssen auch Leistungen über acht Stunden hinaus verlangt und willig übernommen werden. Die leider vielfach geloderte Dienstreue — mit eine Folge des politisch ausgeglichener und vielfach mißverstandenen Begriffes „Freiheit“ — muß wieder erweckt werden. Wer in Ausübung an parteipolitische Schlagwörter solche Maßnahmen als „reaktionär“ bezeichnet, stellt sich selbst das Zeugnis der Unfähigkeit aus, daß der Beamtenstand einer vorwärts strebenden, aufbauenden Verkehrsverwaltung nicht anhängt. Der Postmann stellt sich nicht auf die Partei, sondern die Postverwaltung an und gebietet hat. Dann wird es auch gelingen, die deutsche Postverwaltung wieder auf die höhere Ebene zu drängen. Unsere besten Wünsche begleiten Herrn Stinagel auf diesem Wege in seinem neuen Amte.

Musikalische Volksbücher.

Die Glücklichsten, die heute Sammlung und Ruhe finden können, ein gewichtiges sachwissenschaftliches Werk über Musik zu lesen, sind nicht allzu zahlreich. Und die, die für ein solches sich nicht nur interessieren, sondern es sich auch kaufen können, sind eine noch verschwindendere Minderheit. Deshalb hat auch im Felde der Musikliteratur das knapp zusammenfassende Kompendium für unsere Zeit ganz besondere Bedeutung gewonnen. Namentlich wenn es nicht nur — verhältnismäßig — wohlfeil, sondern auch entsprechend gehaltvoll ist.

Dieses Ideal erfüllen neben auf eingeschränkter älterer Serien, wie der Langerischen Musikbücher (Verlag F. J. Langer, Köln a. Rh.), die als letzte Nummer ein hässliches, schlicht und bündig unterrichtendes Bändchen über „Die Romantiker der deutschen Musik“ von Walter Wohl vorgelegt hat, in ausgedehnter Form drei neuere Unternehmungen: die „Musikalischen Stundenbücher“ des Münchner Dreifachen-Verlags, die „Deutsche Musikbücher“ des Regensburger Verlages Gustav Hoffe und die „Musikalischen Volksbücher“ von J. Engelhorn Nachf., Stuttgart. Von der entzückenden Gabe der „Stundenbücher“ war an dieser Stelle schon wiederholt die Rede. Sie verbinden Praxis und Theorie, indem sie schwerer zugängliche Musikstücke aus mehr älterer Zeit lauter neu gedruckt in niedrigem Oktavformat vorlegen, ihnen aber eine eingehende, historische und ästhetische Einführung vorausstellen. Von den neuesten Nummern sind uns zur Hand: Ausgewählte Lieder von Luise Reichardt, Kantaten und Lieder von Ph. C. Bach, Volkslieder von Rameau, Klaviermusik von E. Th. Hoffmann; Bändchen, für deren Interesse und ausgereichte Kraft schon die Titel zeugen.

Auch das Lob der deutschen Musikbücher Gustav Hoffe konnte in unseren Spalten schon verlesen werden. Bei ihr handelt es sich um reine Musikliteratur, und zwar teils um Reindruck berühmter Standwerke des musikalischen Schrifttums, teils um selbständige Darstellungen neuerer Musikwissenschaftler. Unter den zuletzt gebrachten Nummern ragen die historische Gesamtausgabe der musikalischen Schriften E. Th. Hoffmanns hervor, die Edgar Hjel redigiert hat. Es ist uneres Wissens die vollständige von allen ähnlichen Sammlungen; sie bringt in zwei Bänden von zusammen fast 1000 Seiten sachlich geordnet die Novellen, die Stützen und Kritiken, begleitet von kurz orientierenden Anmerkungen. Mit einer Einleitung, einem Register, auch tadellos wiederholte aller Notenbeispiele; nur die bekannten heute leicht zugänglichen Stücke aus den Werken der Meister sind fortgelassen oder gekürzt.

Die Stadtverordnetenversammlung über die Plünderungen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung erhielt nach Erledigung des Eingangsbüchchens St. V. Ahmann das Wort zu einer kurzen Anfrage, in der der Rat erwidert wird, Auskunft darüber zu erteilen, insoweit er anlässlich der in den letzten Tagen stattgefundenen

Demonstrationen und Plünderungen
die Haftung für das Eigentum und Leben der Einwohner Dresdens, besonders der Geschäftsinhaber, übernimmt, und ob er bereit ist, bei der Regierung dafür einzutreten, daß dieser unsinnigen Verhöhnungswort Einhalt getan wird.

Oberbürgermeister Blüher
gibt dem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Stadt Dresden seit dem vorigen Sommer der Schaulust von Plünderungen und Unruhen geworden ist, die unverantwortlich herbeigeführt worden seien. Gewiß seien die wirtschaftlichen Noien, in denen sich viele Kreise der Stadt befinden, anzuerkennen, aber er dürfe für Rat und Stadtverordnete in Anspruch nehmen, daß diese im Rahmen der ihnen gegebenen Gelebe und finanziellen Kräfte dauernd bemüht gewesen seien, dieses Elend, wenn auch nicht zu beseitigen, — das geht über menschliche Kräfte —, so doch zu mildern. Er glaube, die Stadtverwaltung von Dresden brauche den Vergleich mit irgendeiner anderen deutschen Stadt in bezug auf das, was gegen die Not der Winderbemittelten geschehen ist, in keiner Weise zu scheuen. Um so bedauerlicher sei es, daß gerade Dresden zum Schauplatz dieser Unruhen auserkoren worden sei. Was die

Haftung für die Plünderungen
anlangt, so habe man seit dem Jahre 1920 das Tumultschädengesetz, das diese ganze Kategorie rechtsgesetzlich regelt, und zwar dahin, daß Erstattungsansprüche an das Reich bestehen, allerdings unter gewissen Einschränkungen. Räumlich:

ein Anspruch auf Entschädigung sei nur gegeben, wenn ohne Entschädigung das Vorkommen des Verstoßes erfolgt sei.

Das Reich sei aber berechtigt, zur Aufbringung der Kosten die Länder und Gemeinden anzuhalten, und zwar die Länder mit vier Fünfteln und die Gemeinden mit zwei Fünfteln. Eine Haftung der Stadtgemeinde über die zwei Fünftel hinaus könne nur so weniger in Frage kommen, als die Sicherheitspolizei in Dresden Aufgabe des Staates sei. Infolgedessen werde die ganze Frage sehr bald den neuen Landtag beschäftigen. Der Rat sei von vornherein mit dem Polizeipräsidenten und der Regierung in Verbindung getreten und habe dringend gebeten, alles, was in deren Kräfte stehe, zu tun, um Plünderungen und Verbrechen zu verhindern. Auf der einen Seite sei die Arbeit der Polizei ganz zweifellos unendlich dadurch erschwert worden, daß Rennerliche in großer Menge sich an solchen Zusammenkünften beteiligen haben und auf der anderen Seite habe der Rat gegenüber dem Polizeipräsidenten und der Regierung den Standpunkt vertreten, daß die Polizeibeamten vor eine unauflösbare Aufgabe gestellt würden, wenn man in bezug auf die Strafen gegen die Plünderer nur auf die Strafe läßt, und dann von den Polizeibeamten verlangt, den Ausschreitungen entgegenzutreten. Mit Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung sei es richtiger, von vornherein derartige Zusammenkünfte und Umzüge durch Verbot entgegenzutreten. Der Polizeipräsident von Berlin habe es bereit erklärt und er (Redner) fasse die Empfehlung des hiesigen Polizeipräsidenten dahin auf, daß er in gleichem Sinne vorgehen werde.

Zu den Vorfällen seit vergangener Sonnabend liegen zwei Delinquenzfälle vor.

Die deutschnationalen Gruppe beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, für künftigen rechtzeitigen und wirksamen Schutz der Dresdner Bürgerschaft vor Plünderungen und sonstigen Ausschreitungen Sorge zu tragen, ferner die an dem Verlage des politischen Schutzes am 18. November Schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen. Die kommunistische Gruppe ersucht den Rat, unverzüglich mit dem Polizeipräsidenten in Kontakt darüber zu treten, auf weissen Veranlassung die Polizeiorgane bei den Vorfällen der letzten Tage mit Gummischlägen und blanker Waffe auf Passanten losgeschlagen haben, die in keiner Weise an den Ausschreitungen beteiligt waren, ferner ob diese Beamten zur Rechenschaft gezogen werden. Weiter fordert der Antrag, daß den wahlunfähigen Freireisenden als der eigentlichen Ursachen der Unruhen ernstlich entgegengetreten werde. Es werden hierzu einige Vorschläge gemacht.

Mit der Behandlung dieser Anträge wird ein Antrag Tempel (Soz.) verbunden, durch den ebenfalls Maßnahmen gegen den Wucher gefordert werden. Der Antragsteller wendet sich insbesondere gegen die Milchpreise. Vizevorsitzer Rohmann, der den deutschnationalen Antrag bearbeitete, bringt zum Ausdruck, daß die Regierung

die Pflicht gehabt hätte, dafür Sorge zu tragen, daß Umzüge und Demonstrationen, die bei einer so gefährlichen Stimmung zu Ausschreitungen geradezu den Anlaß böten, verhindert würden. Die Regierung hätte hierzu nur so mehr Veranlassung gehabt, als die Noien, Unruhen hervorzuheben, schon vor dem 18. November bekannt gewesen sei. Den ausübenden Organen der Polizei gebühre der Dank der Bürgerschaft. Die Forderung in dem Antrag richte sich gegen diejenigen, die die ausübenden Organe an jenem Tage nicht pflichtgemäß eingesetzt hätten. Bei einer Wiederholung der Unruhen werde das Geschäftleben schwer beeinträchtigt und die Stadt Dresden leide in ihrem Ruf als Fremdenstadt.

St. V. Schrapel (Komm.) wendet sich gegen den St. V. Tempel, der die kommunistische Partei mit für die Unruhen verantwortlich gemacht habe. Er wundere sich, daß dann die Sozialdemokraten solche Schwereverbrechen mit in die Regierung hereinnehmen wollten. Die Demonstration habe sich ordnungsgemäß abgewickelt. Was hinterher geschah sei, komme nicht auf das Konto der Demonstrationen.

Es werden drei Eingaben bekanntgegeben. Der Landesversicherungsverband der Sächsischen Verkehrs- und Krankenkassen ersucht, für die Verteilung der hohen Milch- und Butterpreise einzutreten, insbesondere aber auf die Ermöglichung der Versorgung der Kinder mit Milch zu erwirkenden Pressen hinzuwirken. Der Dresdner Bürgererrat scheidet die Schuld neben den Debern dem Polizeipräsidenten ab, das nichts actus habe. Der Bürgererrat verlangt die Verteilung des Polizeipräsidenten. Die Gewerkschaften überbietet die Absicht einer Eingabe, in der strengste Verurteilung der Schändlichen gefordert wird.

Es entspringt sich eine lebhafte, sehr lange Ansprache, aus der folgendes hervorgeht: Die Verantwortlichen (D. Sp.) ist der Meinung, daß Wucherer und Schieber nicht mit dem soliden Handel zusammengebracht werden dürfen. St. V. Heber (Dem.) nimmt den Milchhandel in Schutz, der nicht erfremt über die hohen Preise sei. St. V. Richter (Dem.) beantragt, beim Postamt dafür einzutreten, daß ein Ausschick unterfucht, ob und inwiefern das Polizeipräsidenten bei den Unruhen verfaßt habe. Oberbürgermeister Blüher teilt mit, daß die Preisprüfungsstelle die Milchpreise als nicht angemessen bezeichnet und die herabgesetzt habe. Die Folge hiervon werde zunächst eine gewisse Störung und Unruhe sein. In den abfallenden Kritiken, die von mehreren Rednern an der Sitzung der Oberbürgermeister, daß bei früheren Demonstrationen durch die Straßenbahn Schwierigkeiten entstanden seien. Da auch das Polizeipräsidenten der Meinung gewesen sei, die Straßenbahn einzuschließen, sei dies verfaßt worden.

Der Antrag Tempel wird angenommen, der Antrag Rohmann abgelehnt. Der Antrag Richter kann mangels ausreichender Unterstützung nicht abgelehnt werden.

Von den übrigen Verhandlungsgegenständen sind folgende erwähnenswert:

Der Straßenbahnunfall an der Nordgrundbrücke
hat dem St. V. Richter (Soz.) Veranlassung gegeben, den Rat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob die Direktion der Stadtlichen Straßenbahn auch an Unfällen, besonders Güterwagen, die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen hat, die besonders bei Berg- und Talfahrten zur Vermeidung von Unglücksfällen unbedingt notwendig sind. Stadtrat Dr. Albrecht teilt mit, daß der Unfall auf das Brechen einer Kupplungswelle zurückzuführen sei. Diese Kupplungswellen hätten bisher viel größere Lasten ausgehalten. Deshalb im vorliegenden Falle die vorgefallenen Unfälle und Sicherheitsmaßnahmen nicht ausgereicht worden seien, darüber schwebt bereits ein gerichtliches Verfahren. Der Führer Köpfer habe in bewundernswürdiger Ausübung seiner Pflicht den Tod erlitten. Um die Hinterbliebenen — Frau und zwei Kinder — finanziell zu unterstützen, habe der Rat beschlossen, bei der Berechnung der Witwen- und Waisenbezüge die Witwe anzureichern zu lassen, die Herr Köpfer erhalten haben würde, wenn er die höchstmögliche Zeit im Dienste der Straßenbahn geblieben sei. Ferner übernehme der Rat das Begräbnis.

Die Staatsvorlage über die Erhöhung der Unterhaltungsätze des Fürsorgeamtes rufe eine längere Ansprache hervor. St. V. Gruner (Komm.) beantragt, die Höhe zu vermindern. Der Vizepräsident St. V. Finkler (Soz.) betont, daß dieser Antrag aus parteipolitischen Gründen gestellt werde, was von den St. V. Schrapel und Frau Böhm (Komm.) ebenfalls zurückgewiesen wird. Stadtrat Dr. Richter teilt mit, daß das Fürsorgeamt bereits beantragt sei, in eine Nachprüfung der Höhe einzutreten. Da der Antrag nicht genügend unterstützt wird, kann er nicht zur Abstimmung gebracht werden. Die Staatsvorlage wird beschlossen, die dritte Änderung des Staatsbeamtenbesoldungsgesetzes auf die städtischen Beamten um, sinngemäß anzuwenden.

Die Glücklichsten, die heute Sammlung und Ruhe finden können, ein gewichtiges sachwissenschaftliches Werk über Musik zu lesen, sind nicht allzu zahlreich. Und die, die für ein solches sich nicht nur interessieren, sondern es sich auch kaufen können, sind eine noch verschwindendere Minderheit. Deshalb hat auch im Felde der Musikliteratur das knapp zusammenfassende Kompendium für unsere Zeit ganz besondere Bedeutung gewonnen. Namentlich wenn es nicht nur — verhältnismäßig — wohlfeil, sondern auch entsprechend gehaltvoll ist.

Dieses Ideal erfüllen neben auf eingeschränkter älterer Serien, wie der Langerischen Musikbücher (Verlag F. J. Langer, Köln a. Rh.), die als letzte Nummer ein hässliches, schlicht und bündig unterrichtendes Bändchen über „Die Romantiker der deutschen Musik“ von Walter Wohl vorgelegt hat, in ausgedehnter Form drei neuere Unternehmungen: die „Musikalischen Stundenbücher“ des Münchner Dreifachen-Verlags, die „Deutsche Musikbücher“ des Regensburger Verlages Gustav Hoffe und die „Musikalischen Volksbücher“ von J. Engelhorn Nachf., Stuttgart. Von der entzückenden Gabe der „Stundenbücher“ war an dieser Stelle schon wiederholt die Rede. Sie verbinden Praxis und Theorie, indem sie schwerer zugängliche Musikstücke aus mehr älterer Zeit lauter neu gedruckt in niedrigem Oktavformat vorlegen, ihnen aber eine eingehende, historische und ästhetische Einführung vorausstellen. Von den neuesten Nummern sind uns zur Hand: Ausgewählte Lieder von Luise Reichardt, Kantaten und Lieder von Ph. C. Bach, Volkslieder von Rameau, Klaviermusik von E. Th. Hoffmann; Bändchen, für deren Interesse und ausgereichte Kraft schon die Titel zeugen.

Auch das Lob der deutschen Musikbücher Gustav Hoffe konnte in unseren Spalten schon verlesen werden. Bei ihr handelt es sich um reine Musikliteratur, und zwar teils um Reindruck berühmter Standwerke des musikalischen Schrifttums, teils um selbständige Darstellungen neuerer Musikwissenschaftler. Unter den zuletzt gebrachten Nummern ragen die historische Gesamtausgabe der musikalischen Schriften E. Th. Hoffmanns hervor, die Edgar Hjel redigiert hat. Es ist uneres Wissens die vollständige von allen ähnlichen Sammlungen; sie bringt in zwei Bänden von zusammen fast 1000 Seiten sachlich geordnet die Novellen, die Stützen und Kritiken, begleitet von kurz orientierenden Anmerkungen. Mit einer Einleitung, einem Register, auch tadellos wiederholte aller Notenbeispiele; nur die bekannten heute leicht zugänglichen Stücke aus den Werken der Meister sind fortgelassen oder gekürzt.

St. V. 194
Städtischer Nachrichten
24. November 1922
Seite 3

Erst nach (Soa.) demängelt dem großen Unterschied zwischen den Feuerungsanlagen bei den unteren und oberen Gehaltsgruppen, der unfolgt wirkt. Anträge werden aber nicht gestellt.

Im Übereinstimmung mit dem Räte beschließt das Kollegium, zur Einreichung eines

Rindererholungsheime in Rorberuen

das Jugendamt zum sofortigen Kaufe des hierzu geeigneten Waldhofes „Bertha“ zu erwandigen und die hierfür in Aussicht genommene Schenkung des Kommerzienrates Seemann von 1 Million Mark unter dem Ausdruck des Dankes anzunehmen.

Weiter wird der Rat ersucht, in Verbindung mit dem Verein für Jugendlandheime ein Erholungs- und Genesungsheim für Betsuäcker für den Sommer 1923 zu schaffen, und zu prüfen, ob sich außerdem in geeigneten Erholungsheimen Abschlüssen für Ferienkinder einrichten lassen.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.

Nachklänge zu den Dresdner Feuerungs-ausschreitungen.

Wieder Ruhe in Dresden.

Die Erregung, die in den letzten Tagen in Dresden als Folge der bedauerlichen Vorfälle am Sonntagabend und Montag zu beobachten war, ist abgeklungen. Wenigstens war im äußeren Straßenbild nichts mehr davon zu bemerken; die Geschäfte hatten am gestrigen Donnerstag fast durchgängig wieder ihre Spandeln aufgehängt, und auch die üblichen Aufstellungen waren nirgends mehr zu beobachten. Um gegen unheimliche Überreaktionen geschützt zu sein, hatte die Polizei auch gestern noch einen verstärkten Patrouillendienst angesetzt.

Die Zahl der aus Anlass der Unruhen in Dresden politisch festgenommenen ist inzwischen auf 87 angewachsen. Darunter befinden sich mehrere, die wegen Minderndes, andere, die wegen vorbereiteten Selbstmordes, Körperverletzung, Verletzung, Ausweisung usw. festgenommen werden mussten. Die meisten von ihnen sind der Staatsanwaltschaft zugewiesen worden.

Bei einer nächtlichen Streife der Fahndungsabteilung des Polizeipräsidiums wurden in der Nacht zum Donnerstag auf den Bahnhöfen nicht weniger als 11 Personen, die dort nächtigen oder sich verdinglich gemacht hatten, aufgegriffen und in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Vertreter des Dresdner Einzelhandels bel Lipinski und Fellisch.

Nachdem der engere Vorstand des Allgemeinen Dresdner Einzelhandels-Verbandes bereits am Montag beim Ministerpräsidenten und beim Polizeipräsidenten wegen der Ereignisse am vergangenen Sonntag vorstellig geworden war, unterbreiten die Herren am Dienstag unter Führung des geschäftsführenden Vorsitzenden Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Kähler den Ministern Lipinski und Fellisch nochmals die Forderungen des Einzelhandels. Wenn auch die Herren der Kürze des Ministers des Innern nicht recht zustimmen konnten, daß die Polizei bereits am Sonntag alles Geschäftliche abbrechen sollte, waren sie von der Ausführung der beiden Minister außerordentlich befriedigt, daß die Regierung jedem weiteren Verzug gewissermaßen Elemente, die Notlage einzelner Volksteile zu politischen Demonstrationen auszunutzen, mit der größten Energie entgegenzutreten wird. Die Polizei wird verstärkt werden, so daß für die Zukunft etwaige Plünderungsversuche mit allen der Polizei zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden können.

Der von den Herren vertretenen Ansicht, die Geschäfte soweit als irgend möglich offen zu halten, stimmte der Wirtschaftsminister ebenfalls zu.

Rechtlos waren die Forderungen und die Vert. der des Handels darüber einig, daß die Zustände, wie sie in den letzten Tagen geherrscht haben, vielfach nicht solchen Umfang angenommen hätten, wenn durch die große Schärfe der Reaktionen die Arbeit der Polizei nicht so erschwert worden wäre.

Rechtschutz von Industrie und Handel.

Der Landtagsabgeordnete Schneider (D. Sp.) hat folgende Anfrage an die Regierung im Landtage eingebracht: Durch eine Eingabe des Verbandes sächsischer Industrieller, die auch der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist, wurden der Regierung auf Wunsch die zahlreichen Fälle von Notigung, Körperverletzung, tätlicher Verletzung und Vandalismus mitgeteilt, die sich bei Demonstrationen in vielen Orten Sachsens am 27. Juni und 4. Juli 1922 ereignet haben. Daraufhin hat die Regierung den erbetenen Rechtschutz wohl zugesagt, wenn auch nicht unter Einschränkungen. Der bisher bekannt gewordene Verlauf der einzelnen Strafverfahren zeigt jedoch, daß die Regierung nicht entschlossen ist, die Strafen so zur Verantwortung zu ziehen, wie es zur Verhütung weiterer Ausschreitungen notwendig wäre. Ist der Regierung bekannt,

daß durch diese Verwundung der Rechtschaffenheit auch die allgemeine Wohlfahrt des Landes, insbesondere die Kreditfähigkeit von Industrie und Handel, leiden? Wie gedenkt die Regierung einen ausreichenden Rechtschutz zu gewährleisten?

Die Arbeitsgemeinschaft der Kriegs- und Kapitalopfer Dresden

sendet uns zu den Plünderungen am Sonntagabend eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen: Die der Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopfer angehörenden Verbände 1. der Internationale Bund aller Kriegsopfer, 2. Freie Vereinigung der Arbeitslosen, 3. Erwerbslosenrat haben mit den vorgekommenen Tumulten nichts zu tun. Wir haben es auch in der Vorb. sprechung am 17. November im Volkspräsidium erklärt, solange wir als Organisierte demonstrieren, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, was auch geschehen ist. Was nach der Demonstration geschehen ist, dafür sind wir nicht haftbar und weisen es zurück, und damit in Verbindung zu bringen.

Derliches und Sächsisches.

Die Demokraten zur Regierungsbildung.

Der Landesausschuss der Deutschen Demokratischen Partei hielt Mittwoch, den 22. November, seine erste Sitzung nach den Landtagswahlen ab. Weder die politische Lage in Sachsen nach den Landtagswahlen veränderte sich in längeren Ausführungen Antivizepräsident Dr. Senfert. Dem Redner schloß sich eine sehr ausführliche Aussprache an, die in allen wesentlichen Punkten eine volle Übereinstimmung der Partei über die einzuschlagende Politik ergab. Die Zusammenkunft des am 1. Dezember stattfindenden Landtages bedeute für die Demokratische Partei keinen Anlaß, ihrerseits die Initiative in der Frage der Regierungsbildung zu ergreifen. Ihre Stellungnahme zu diesem Problem sei durch die Verfassung klar vorgezeichnet. Eine Regierung, die — und sei es auch nur teilweise — nicht auf dem Boden der Verfassung stehe, werde von der Demokratischen Partei bekämpft werden; eine verfassungsmäßige Regierung werde die Partei zu sachlicher Mitarbeit bereit finden. Falls die parlamentarischen Verhältnisse die Partei zur Oppositionstellung zwingen, werde sie auch in dieser Oppositionstellung kräftig positiv zu wirken bestrebt bleiben.

Dresdens Kirchengemeinden in größter Geldnot!

Auf das Jahr 1923 konnten bis jetzt, wie uns die Superintendentur Dresden I schreibt, die längst fälligen und nötigen Kirchensteuern leider noch nicht ausgeschrieben werden. Nach neuerer Anordnung des Reichsfinanzministers kann dies nur auf Grund der vorläufigen endgültigen Veranlagung zur Reichseinkommensteuer geschehen. Inzwischen ist es auch noch an der Anweisung der Finanzämter und an der Kirchensteuerordnung der zuständigen Oberbehörden. Die Kirchengemeinden versuchen, ihre Verbindlichkeiten einzuweisen aus den Kirchensteuern zu erfüllen, die im vergangenen Sommer auf die Jahre 1920/21 eingingen, aber zur Tilgung der Verbindlichkeiten aus diesen Jahren bestimmt waren. Diese nachträglichen Kirchensteuern wurden von den täglichen Ausgaben, die infolge der furchtbaren Weltentwertung ins Ungemessene stiegen, immer sofort verschlungen. Die Kirchengemeinden stehen daher der großen Forderung machtlos gegenüber und sind jetzt gänzlich mittellos. Sie schulden ihren Geistlichen und Beamten ganz beträchtliche Teile der Gehälter. Die Kirchengemeinden wenden sich deshalb in diesen Tagen an ihre Mitglieder mit einem Ruf, in dem es heißt:

„Helfen Sie uns über diese Notzeit hinweg. Geben Sie uns Taschengeld, wenn möglich unzerzinst oder zu mäßigem Zinssatz. Den Gott mit Gütern segnete, gewähre uns ein reichliches Notopfer. — Der keinen Kirchensteuern erhalten hat, zahle dafür, daß er die kirchlichen Einrichtungen bemüht, einen freiwilligen Kirchenbeitrag. Die nicht eingelebte Nachzahlung zur Kirchensteuer für 1921 leisten man freiwillig. Lassen Sie die Kirche in dieser Notzeit nicht versinken!“

Insbesondere wenden sich die Kirchengemeinden auch an die sogenannten juristischen Personen, an das vergesellschaftete Kapital, das früher kirchensteuerpflichtig war, aber durch das Kirchensteuergesetz vom 1. Juli 1921 kirchensteuerfrei gemacht wurde. Es darf von den Gesellschaften und Gesellschaften erwartet werden, daß sie zu einem reichen Notopfer an die Kirche bereit sind.

Taschengeld und Notopfer werden von den einzelnen Kirchen in allen Verlagen in der Zeit von 8 bis 3 Uhr gern entgegengenommen und können ihnen auch im Wege überwiesen werden.

Mitteilungen aus der Gesamtsitzung vom 21. November 1922.

Neuer Ratsbürgermeister. Als Ratsbürgermeister wählt man den Baumeister Ernst Rood. Kartoffeln an Minderbemittelte. Auf Vorschlag des Fürstorgans und Feuerungsaußenbüros beschließt man, in die verbilligten Kartoffel-Versorgung der Minderbemittelten

(Neuerpreis 100 Mk.) Minderreiche mit mehr als vier Kindern, deren Einkommen das 1½fache der Bedarfslage des Fürstorgans nicht übersteigt, einzubeziehen, und solchen, deren Einkommen zwischen dem Minderbemittelten und Doppeltem dieser Lage liegt, Kartoffeln für 800 Mk. Zehnerpreis zu liefern.

Die Erhöhung der Grubenräumungsgebühren (ab 1. Juli 1922 auf 500 Mk. und ab 1. Oktober 1922 auf 1200 Mk. pro Kubikmeter Rauminhalt) fand Genehmigung.

Änderung der Beherbergungssteuern. Auf das Geschäft der Fremdenbesitzer wegen Ermäßigung der Beherbergungssteuer wird mit Wirkung ab 16. November 1922 die untere Grenze für 20 Proz. Steuer von 800 auf 1200 Mk. Tagesentgelt erhöht und die Steuer für Dezember bis März als Abschlag wegen der Heizung auf 15 und 25 Proz. (statt 20 und 30 Proz.) ermäßigt.

Erhöhung des Brückenzolls. Man tritt dem abweichenden Beschluß der Stadtorde zum Beschluß des Brückenzolls bei (nur 20 statt 50 Mk. für Kraftwagen und Anhängerwagen und Steuerfreiheit für Kraftwagen mit eingebautem Hilfsmotor). Die Ermäßigung wegen Aufhebung des Brückenzolls (von dem Stadtordebescheid für 1. März 1923 beantragt) wird bis zum Vorliegen eines Entwurfs des sächsischen Saniergesetzes aufgeschoben.

Obere Unterbringung für Gewerbetreibende. Unter Anwesenheit der Dringlichkeit wird die Auszahlung der erhöhten Unterbringungsätze für die Erwerbslosen für den 20. November ab entsprechend der Bekanntmachung des sächsischen Arbeitsministeriums beschlossen.

Die Erhöhung der Volkshäuserpreise ab 1. Dezember 1922 wird nach dem der weiteren Geldentwertung entsprechenden Vorschlag der Väterverwaltung genehmigt.

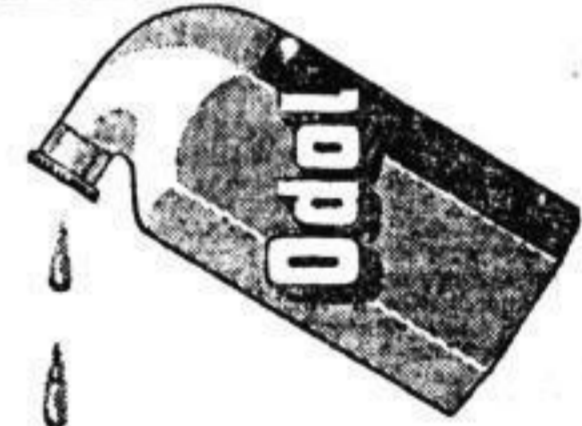
Für sächsische Poststellen in der Provinz Sachsen werden die Mittel auf jährlich 780 000 Mk. verstärkt.

Für die Erholungsfürsorge werden 4 Millionen Mark nachbewilligt.

Drohende Einstellung der Straßenbahn Cotta-Coffebau.

Einen Zuschuß von drei Millionen Mark fordert von der Gemeinde Cotta die staatliche Verwaltung der Straßenbahnlinie Cotta-Coffebau. Da eine solche Summe die Gemeinde nicht leisten kann, mußte der Gemeinderat die Forderung ablehnen. Die Folge hiervon wird die Einstellung des Straßenbahnbetriebes von Cotta bis Coffebau sein. Die Eisenbahndirektion soll deshalb um Verbesserung des Zugverkehrs angegangen werden.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im neuen Landtag hielt am Mittwoch ihre konstituierende Sitzung ab. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Abg. Dr. Fröh Kaiser, als zweiter Vorsitzender Abg. Dr. Reichhammer, als dritter Vorsitzender Abg. Dr. Fabischmann, als Geschäftsführer Abg. Anders. Weiter lag der Vorschlag der Fraktion in den Händen des Oberbürgermeisters Wähler, der wegen beruflicher Überlastung das Amt nicht hat wieder übernehmen können. Ihm wurde von der vollständig versammelten Fraktion herzlich gedankt. In der voraus-



Einige Tropfen genügen!

Nicht das Mundwasser ist das wirtschaftlichste, das am billigsten ist, sondern das Mundwasser, das bei mäßigem Preise im Gebrauch sparsam ist. Odol ist stark konzentriert, so daß einige Tropfen in einem Glas lauwarmem Wasser genügen, um eine durchgreifende Mund- und Zahnpflege auszuführen. Eine Flasche Odol reicht bei täglichem Gebrauch monatelang aus.

Überall erhältlich.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Das Meisgold“ (148); Schauspielhaus: „Michael Kramer“ (7); Musiktheater Schauspielhaus: „Betty's Geburt“ (148); Residenz-Theater: „Madame Nitri“ (148).

† Mitteilungen der Staatstheater. Opernhaus. Morgen, Sonntag (6): Ester Tag aus der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“; „Die Walküre“ mit Vogelstimmen (Stamund), Furtig (Hunding), Wälsche (Wotan), Olena Forti (Sieglinde), Johanna Delle (Brünnhilde), Irma Terwani (Fricka). Musikalische Leitung: Ruysschaß, Spielleitung: Feller.

Schauspielhaus. Sonntag, den 26. November (7), findet als Abschluß der Herbert-Dauntmann-Woche die Gräuelführung des Wodhüttenmärchens „Und Pipa tanzt“ unter der persönlichen Leitung des Dichters statt. Das Stück ist folgendermaßen besetzt: Tagalozzi; Winterfeld; Pirra; Gerda Barake; Musiktheaterdirektor: Kleinwächter; Dahn; Harth; Dekrieger; Direktor, Mann; Wehrert; Wende; Schöneberger; Kärnerin; Lotte Grünig; Schäbler; Döhner; Anton; Schröder; Waldarbeiter; Reinhold; Hoff; Müller; Lehmig; Jonathan; Damsch; Musik: Konrad. Das Bühnenbild ist von Hugo Hauptmann, dem Sohne Herbert Dauntmanns, gemeinsam mit Adolf Finnebach geschaffen. Trachten: Renio. Musikalische Leitung: Ghis. — Heute, Freitag (7): Schillerabend der Herbert-Dauntmann-Woche, das Drama „Michael Kramer“ mit Wehnert in der Titelrolle. Im übrigen folgende Besetzung der Hauptrollen: Frau Kramer: Ida Bardon-Müller, Michaeline Kramer: Olga Fuchs, Arnold Kramer: Kurland, Vogmann; Pauline, Frau Vogmann: Lotte Grünig, Ilse Bänisch; Hedwig Gerber. Spielleitung: Renio.

† Aufführung der Freunde des Kunst. Bei der Veranstaltung der Freunde des Kunst am Sonntag (26.) ist eine Aufführung des sächsischen Dresdner Kunstvereins (1918) und nach dem Konzert in den Spielstätten des Vereins (Sachsenhaus) nachmittags. Werke von Holzmüller, H. Dittmann, S. Spant, Boris am Ende, A. V. Weiler. Im Konzert können zur Aufführung Instrumentalwerke von Brahms und Tschaiowski, sowie Pader. Mitwirkende: Dirigent: Quastell, Oboe: Harth (Saxen), Johannes Traud (Klavier).

† Familienbesuche. Pächter Sonntag (26.), vormittags 11 Uhr im Hofsaal des Alberlunnen: Portrat von Professor Dr. Popowicz über „Niederliche Kleinplastik im Sächsischen Bildnis“. Vorträge: (Innere) Redig von 9 bis 4 Uhr und Sonntag (26.) bis 12 Uhr in der Hofsaal des Alberlunnen.

† Kunstausstellungen. Sächsischer Kunstverein. Der 20. November (26.) von 11 bis 12 Uhr in der Hofsaal des Alberlunnen, den 26. November (26.) von 11 bis 12 Uhr. Die für den 21. November geplanten Konzerte sind abgefallen.

† Mozartverein. Die uns nachträglich mitgeteilt wurde, führte die anfängliche Verweigerung des Solisten Max Rosen im Monopolskonzert von den aufstrebenden Tumultisten vor dem Hotelrestaurant (Hotel Union) her, deren Augenauge der Künstler für zur Ausführung genehmigt ist.

† Veranstaltungen. Heute, Freitag, 7½ Uhr: im Künstlerhaus Beber-Abend von Golde Wagner-Schneer (11); im Vereinshaus nachmittags letztes Tanz-Musikspiel von Tamara Gamsalorbia und Alexander Dumbold vom Musikverein, mit neuem Programm; im Gewerbehaus: Gefangenern der Staatsfeindlichen Anstalten.

† Konzert. Beethoven's Sonaten für Klavier und Violoncello kamen durch Rudolf Feigert und Johannes Smith im glänzenden besetzten Valmargarten zur Aufführung. Fünf Sonaten an einem Abend — etwas zu viel des Segens an drittendender Kammermusik. In der Zusammenstellung, die in der Hauptliche geschichtliche Gesichtspunkte erkennen ließ, gelangte die allmählich reifende Ideenhaltung des Meisters mit dem sich steigenden Formenreichtum überzeugend zur Veranschaulichung. Den beiden Werken 5 in G-Dur und G-Moll mit großartig aufgebauten Anfangsfolgen folgten die Werke 102 in G- und D-Dur, die man als Phantasie-Sonaten bezeichnet hat, da sie dem Ausdruck Wirkungen von intimer Eleganz vermitteln, die auf äußere Klangreize weniger Gewicht legen als auf psychologische Vertiefung. Die seltliche G-Dur-Sonate (Werk 99) mit dem wundervollen Scherzo, dem entzückenden Adagio und dem von Felterheit und Jodel erfüllten Finale stand am Schluß. Ueber die Wiedergabe der Werke läßt sich nur Gutes berichten, was bei musikalisch hochstehenden Künstlerpersönlichkeiten, als welche Feigert und Smith in weitestem Ansehn gefehlt werden, selbstverständlich ist. Widerrufen ging der Plan an Reichlein im Volksgesänge der gestrigen Führung des Ganzen vielleicht etwas zu verb in das Zeug. Der Gesell spielte ein hochwertiges mit sehr lemerksamer Klavierführung. Die sichtlich begeisterte Hörerschaft dankte den Ausführenden mit ganz besonderer Deutlichkeit. Die reichen Ehrungen waren durchaus verdient.

† Violonabend. Wer hätte dem schranken, sah sterlichen Jungsträuber „im Büchelstunde“, das mit der weichen auf Dichtung auf dem Podium des Künstlerhauses erschien, einen so kraft stürmenden, eilen Gesangston, so viel männliche Kraft der Vogenführung und Energie des Vortrags zugekraut. Kein Mißton hörte die reinen Tönen dieser schlichten Architektur. Die Säulen reichten sich in die Höhe „Hacenne“ die Olanengänge aneinander, wachsende schollische Phantasie“ aber belam eine geradezu monumentale Fassade. Sylvia Bent — sie soll Amerikanerin sein — kann aber noch mehr. Sie wird bei Pugnani und

Couperin auch der sterlichen Anmut und feinen Schwermut des Rokoko gerecht. Sie läßt in brandendem Sturm und Silberklarem Reuchten auch die Musik von Sarasate und Zimbalista aus den Saiten sprudeln. Das alles geschieht mit dem knappsten Aufwand äußerer Anspannung, mit einer seltenen Zusammenfasslichkeit des ganzen Wechsels, zu der die farbenstarke Begleitung von Wilhelm Scholz eine prächtige Ergänzung schuf. Solche Jugend verpricht Großes, und die zahlreichen Zuhörer bestätigten ihrerseits häufig den starken Eindruck.

† Männergesangsvereins-Konzerte am Bühnen. Der Gesangsverein der sächsischen Beamten zu Dresden hatte für sein Winterkonzert im Vereinsthale Chöre von Busch, Janocke, Weingärtel, Rheinberger, Becker und Abt zusammengestellt. Unter der prägnanten Leitung von Max Müller hielten sich die Sänger recht tapfer und liehen adenthalten reiches Streben. Lust und Liebe zum Gesang erkennen. Mit Ausnahme des Tenors ist die Klangwirkung der einzelnen Stimmen recht erfreulich und auf ineinandergearbeitet. Auf Tonreinheit und Abschwärzung war viel Sorgfalt verwendet, und bei der Textausprägung hatte man nur einige Male Hilfe bei den gedruckten Texten zu suchen nötig. In dem Solokonzert „O bone Jesu“ trug der 1. Tenor zu stark auf. Kantor Kurt Schöne leitete den Abend mit dem G-Moll-Präludium von Rheinberger ein und Lotte Gross spielte mit liebenswürdiger Klarheit, allhernder Technik und warmem Vortrag zwei Improvisierte von Schubert, Meditation von Tschaiowski und die 8. Kapelle von Liszt. Eine reiche Zuhörerzahl dankte lebhaft für die musikalischen Gaben. — Das Herbstkonzert des Dresdner Tannhäuser erhielt durch die Mitwirkung des Bläserquintetts der Staatsoper ein besonders künstlerisches Gepräge. Die Herren Manns, Joh. König, Schütte, Gottschalk und Biadnez wiederholten die schon an dieser Stelle besprochenen „Vergilbilder“ von Karl Pembaur. Mit vollem Ansturmung schloß sich John Manns für die Geige, Op. 40, von Theodor Blumen ein und verhalf dem Lebenswärtigen, Niska hin gewachsen, melodischen Werke zu einem vollen Erfolg. Den Auftakt bildete Mozart's lebendiges Quintett für Oboe, Klarinette, Fagott, Horn und Klavier. In weinlicher schloß mit Karl Pembaur ein Flügel boten die Herren ansehnliche Wendte. Der Chor hatte unter Max Straßburg's leitender Leitung mit wirksamen Werken von Vitz, Klein, Becker, Curti, Nicola, Georg Brückner und einigen Volksweisen einen starken Erfolg. Die Sängerzahl selbst nicht nur durch Quantität, sondern auch durch Qualität. In Nicola's „Das Meer“ und Striepeler's „John Rannard“ waren die Höhepunkte erreicht.

Börsen- und Handelsteil.

Dresdner Börse vom 23. November.

Bei sehr lebhaftem Geschäft war heute die Börse...

Berliner Börse vom 23. November.

Während der Unterbrechung der Börsennotierung...

Amtlich notierte Devisenkurse:

Table with columns for location (Berlin, Dresden), date (21. November), and exchange rates for various currencies.

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 23. November.

Table listing various goods and their market prices in Dresden.

Wechselkurse im Freiverkehr am 23. November bis abends 6 Uhr.

Table showing exchange rates for various locations like London, Amsterdam, and Antwerp.

Berliner Produktenbörse vom 23. November.

Die Stimmung an der heutigen Produktenbörse war...

Dresdner Kurse vom 23. November

Table of stock prices for various companies in Dresden.

Maschinen- u. Metall-Industrie-Aktien

Table of stock prices for machinery and metal industry companies.

Bank-, Transport- u. Bau-Gesellschafts-Aktien

Table of stock prices for bank, transport, and construction companies.

Chemie-, Papier-, Farb- u. Photogr.-Artikel-Aktien

Table of stock prices for chemical, paper, dye, and photography companies.

Keramische Werte

Table of stock prices for ceramic products.

Berliner Kurse vom 23. November 1922

Table of stock prices for various companies in Berlin.

Deutsche Staats- u. Stadtanl.

Table of government and municipal bonds.

Transportwerte

Table of stock prices for transport companies.

Industrie-Aktien

Table of stock prices for various industrial companies.

Bank-Aktien

Table of stock prices for various banks.

Advertisement for 'Spaer Gas mit Segen!' featuring a logo and text about gas products.

Vertical text on the right margin: Nr. 494, Seite 9, etc.

Korb, Drahtgepreß 2000-3500, Oschetrod, Drahtgepreß 5000 bis 5500, Roggen- und Weizenstroh, Drahtgepreß 5000-5100, Korbgepreß, langes, gebündeltes 5100-5200, Krummstroh, langes, gebündeltes 5200-5300, Weizen, handelsfähiges 2500-2600, Weizen, gutes 2600-2700, Weizen 2800-3000.

Leipziger Börse vom 23. November.

Die Tendenz der heutigen Börse war unter Berücksichtigung der morgigen Verteilung der Zusammenlegung des Reichsbankens...

Leipziger Kurse vom 23. November 1922.

Table with multiple columns listing various market prices and exchange rates, including items like 'K. & S. 100', 'Leipziger 100', etc.

Wienenerlei. Die Werten von Dresden, Berlin und Leipzig bleiben heute, Freitag, und morgen, Samstag geschlossen.

Das Goldkollisionsgesetz beträgt für die Zeit vom 20. November bis einschließlich 3. Dezember 1922 100 000 000 v. G.

Anton Commerz- und Privatbank A.G., Berlin - Völkner Bank A.G., Köln. Der Aufsichtsrat der Völkner Bank hat beschlossen, einer für den 10. Dezember einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung ein Angebot der Commerz- und Privatbank A.G. in Berlin wegen Übernahme der Völkner Bank zu unterbreiten...

Schmidt-Werke Aktiengesellschaft, Dresden. In der Aufsichtsratsversammlung wurde beschlossen, der Hauptversammlung, die am 9. Januar nächsten Jahres stattfinden soll, die Verteilung einer Dividende von 30% vorzuschlagen...

Elektra Aktiengesellschaft in Dresden. Am 19. Dezember d. J. einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals von 25 000 000 Mark auf 100 000 000 Mark...

nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, mit einer nicht unerheblichen Erhöhung der Dividende für das laufende Geschäftsjahr gerechnet werden kann.

Anton Friedrich Knapf-Werke in Bismarck. Durch die Dresdner Bank und die Allgemeine Deutsche Kreditbank...

Glückauf A.G. Dresden. Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte die beantragte Kapitalerhöhung auf 10 Millionen Mark in der Weise, daß im übrigen über den alten Vorkurskapital mit Dividende ab 1923, die im übrigen über den alten Vorkurskapital mit Dividende ab 1923, die im übrigen über den alten Vorkurskapital mit Dividende ab 1923...

Gerhard Meißner in Dresden. Die Hauptversammlung vom 23. November 1922 hat beschlossen, die Erhöhung des Aktienkapitals von 1 000 000 Mark auf 2 000 000 Mark...

Dixin das dankbare Seifenpulver. Ist sparsam im Gebrauch und billig. ALLEINIGE HERSTELLER: HENKEL & Co., DUSSELDORF.

Stellenmarkt. Jüngere Medizinstudenten gesucht. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Ein Apollo-Wagen. 10 40 PS, fabrikmäßig, mit allen modernen Vorderrichtungen. 2 Pferde. Felle. Gold- u. Silbergegenstände.

Geldschrank. Gold-Krüge. Ich kaufe. Rogalski.

Automobilfabrik. Kalkulator. Gesucht. 1. Beamter. 2. Verwalter.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

2 Pferde. Felle. Gold- u. Silbergegenstände. Brennstoff. Meißner Porzellan. Altertümer jeder Art gesucht.

Rogalski. Ich kaufe. Gold-Krüge. Ich kaufe.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Altertümer jeder Art gesucht. Felle. Gold- u. Silbergegenstände. Brillanten, Gold. Piano. Perser-Teppich.

Platin. Piano. Sacke. Wein-, Seki-, Kognak-Flaschen.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Felle. Gold- u. Silbergegenstände. Brillanten, Gold. Piano. Perser-Teppich.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.

Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung. Wohnung. Zwei Zimmer u. Küche in der Nähe der Wohnung.